

DIE INDUSTRIE- UND HANDELSKAMMER FÜR ESSEN, MÜLHEIM AN DER RUHR, OBERHAUSEN ZU ESSEN

Ein Kammerbezirk und der strukturelle Wandel

Der wirtschaftliche Strukturwandel im Bezirk der Industrie- und Handelskammer für Essen, Mülheim an der Ruhr, Oberhausen zu Essen ist keine Erscheinung der letzten vier Jahrzehnte, sondern ein Prozess, der seit ihrer Gründung im Jahre 1840 zu beobachten ist. Der Kammerbezirk kann als ein Fokus der gesamten Entwicklung des Ruhrgebiets angesehen werden. Dieser bis in die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts überwiegend agrarisch strukturierte Bezirk wandelte sich ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu einem schwer-industriellen Ballungsraum von Kohle, Eisen und Stahl.

Diese einseitige Ausrichtung auf den Montanbereich blieb bis in die 70er Jahre dominierend. Seit den 80er Jahren zeichnet sich eine zunehmende Verschiebung der Gewichte vom Industrie- zum Dienstleistungsbereich ab. Eine neue Phase in der wirtschaftlichen Entwicklung im Kammerbezirk wird mit diesem Transformationsprozess eingeleitet.

Die Industrie- und Handelskammer

Gestern und Heute

Die Industrie- und Handelskammern haben zwei wesentliche Wurzeln im 19. Jahrhundert; zum einen in den französischen Handelskammern, den "*chambres de commerce*", und zum anderen in den Kooperationen der Kaufleute. Das genossenschaftliche Element war in den kaufmännischen Korporationen stärker ausgeprägt als in den mehr etatistisch ausgerichteten Handelskammern. Der staatliche Aufbau des preußischen Kammerwesens nach 1830 als Spätfolge der in den 1820er Jahren eingeleiteten Gewerbeförderungspolitik und dessen Vereinheitlichung mit dem preußischen Handelskammergesetz im Revolutionsjahr 1848 verbanden diese beiden wichtigen Strukturmerkmale von Handelskammer

und Korporation zu einem neuen, dem preußischen Kammertyp, der auf dem Prinzip der Pflichtmitgliedschaft basierte.

Dieses Kammermodell sollte zum Vorbild für die anderen deutschen Staaten werden, obwohl es kein einheitliches gesamtdeutsches Handelskammerrecht gab und in den süddeutschen Staaten noch die Gewerbeförderungsvereine überwogen. Die Handelskammern, zunächst nur als wirtschaftspolitische Beratungsorgane des Staates gedacht, erhielten sukzessiv Selbstverwaltungsrechte und am Ende des 19. Jahrhunderts den Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts (Gesetz über die Handelskammer vom 24. Februar 1870 und 19. August 1897). Im Jahre 1924 erfolgte deren Umbenennung in *"Industrie- und Handelskammern"*, um der geänderten Wirtschaftsstruktur in den Kammerbezirken gerecht zu werden.

Die preußischen Kammern schlossen sich zur besseren gemeinsamen Koordinierung ihrer Arbeit als freiwillige privatrechtliche Kooperation 1860 zum *"Preußischen Handelstag"* zusammen, und nach diesem Vorbild entstand ein Jahr später 1861 auf gesamtdeutscher Ebene der *"Deutsche Handelstag"*. Von 1918 bis 2001 führte diese Organisation den Namen *"Deutscher Industrie- und Handelstag"* (DIHT); die aktuelle Bezeichnung lautet nunmehr *"Deutscher Industrie- und Handelskammertag"* (DIHK).

Die heutige Industrie- und Handelskammer für Essen, Mülheim an der Ruhr, Oberhausen zu Essen geht zunächst auf zwei selbstständige Handelskammern in den Städten Mülheim an der Ruhr und Essen zurück, die beide im Herbst 1840 mit einem königlich-preußischen Dekret ins Leben gerufen wurden. *"Den Staatsbehörden ihre Wahrnehmungen über den Gang des Handels, des Manufakturgewerbes und der Schifffahrt und ihre Ansichten über die Mittel zur Beförderung des einen und des anderen darzulegen, derselben die der Erreichung dieses Zweckes entgegenstehenden Hindernisse bekannt zu machen und ihnen die Auswege, welche sich zu deren Hebung bieten, anzuzeigen."*

Dieser Passus aus dem Gründungsstatut der Handelskammer Essen vom November 1840 umschreibt im Wesentlichen noch die heutigen wirtschaftspolitischen Aufgaben, wenn bestimmte Begriffe des 19. Jahrhunderts durch zeitgemäße Umschreibungen ersetzt werden. Beide Kammern erhielten im Jahre 1897 den Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts und nahmen fortan öffentliche Verwaltungsaufgaben eigenverantwortlich als mittelbare Staatsverwaltung wahr. Im Gegenzug übertrug der Staat ihnen das Recht zur Selbstverwaltung, in deren

Rahmen sie fachweisungsfrei übertragene Aufgaben im eigenen Namen ausführen konnten.

Im Jahre 1896 dehnte die Handelskammer Essen ihren Verwaltungsbereich auf das Gebiet der heutigen Stadt Oberhausen aus, und 1910 schlossen sich die Essener und Mülheimer Handelskammern zur effektiveren Wahrnehmung ihrer Aufgaben und Interessen zu einer gemeinsamen Handelskammer zusammen. Die wesentlichen Arbeitsfelder lagen in Stellungnahmen, Vorschlägen und Eingaben zu vielfältigen wirtschaftspolitischen Aspekten, zu Verkehrsfragen, zur kommunalen Infrastruktur und zu öffentlichen Kreditanstalten. Im Gegensatz zum heute geltenden Industrie- und Handelskammergesetz äußerte sich die Handelskammer auch zu sozialpolitischen und arbeitsrechtlichen Fragen.

Die Jahre nach 1933 bedeuteten für die Industrie- und Handelskammern einen tiefen Einschnitt. Der nationalsozialistische Staat schränkte im Rahmen seiner Gleichschaltungspolitik sukzessiv die wirtschaftliche Selbstverwaltung immer weiter ein. Der staatliche Entzug der Selbstverwaltung erfolgte mit der Eingliederung der Kammern in die 1942 / 43 errichteten Gauwirtschaftskammern.

Die schnelle Reaktivierung der Industrie- und Handelskammern nach 1945 lag vor allem im Interesse der Alliierten, die diese im Rahmen der fortdauernden Bewirtschaftungsmaßnahmen als Mittler zwischen den Besatzungsbehörden und den einzelnen Betrieben benötigten. Der Aufbau in den drei Westzonen vollzog sich allerdings auf unterschiedliche Weise. Während die Militärregierung in der französischen Zone die vor 1933 geltenden Kammergesetze einfach wieder in Kraft setzte, ließ die amerikanische und englische Militärverwaltung in ihren Zonen Kammern nur als privatwirtschaftliche Vereinigungen auf der Basis der freiwilligen Mitgliedschaft zu.

Eine neue bundeseinheitliche Regelung erfolgte mit dem *"Gesetz zur vorläufigen Regelung des Rechts der Industrie- und Handelskammern vom 18. Dezember 1956"*, das bis heute mehrfach - zuletzt 1993 - novelliert worden ist. Die einzelnen Bundesländer erließen zur Ergänzung und Ausführung des IHK-Gesetzes entsprechende Landesgesetze. So gilt für die nordrhein-westfälischen Industrie- und Handelskammern das *"Gesetz über die Industrie- und Handelskammern im Land Nordrhein-Westfalen (IHKG) vom 23. Juli 1957"*. Das Bundesverfassungsgericht bestätigte in den Jahren 1962 und 2002 ausdrücklich das Organisationsprinzip der Pflichtmitgliedschaft, das zu einer sachgemäßen Erfüllung der übertragenen Aufgaben als sinnvoll, ja sogar als notwendig erachtet wurde.

Die sechzehn nordrhein-westfälischen Handelskammern haben sich auf Landesebene in der *"Vereinigung der Industrie- und Handelskammern in Nordrhein-Westfalen"* zusammengeschlossen.

Organisation - Aufgaben - Finanzierung

Die Industrie- und Handelskammer als Körperschaft des öffentlichen Rechts hat die Aufgabe, das Gesamtinteresse der ihr zugehörenden Gewerbetreibenden wahrzunehmen und zur Förderung der gewerblichen Wirtschaft beizutragen, wobei die wirtschaftlichen Interessen einzelner Gewerbebezüge oder Betriebe abwägend und ausgleichend zu berücksichtigen sind. Die Vertretung sozialpolitischer und arbeitsrechtlicher Interessen zählt nicht mehr mit zu ihrem Aufgabenkreis. Alle Gewerbetreibenden gehören ihr mit Ausnahme des Handwerks, der Landwirtschaft und der freien Berufe an, die ihre eigenen Interessenorganisationen besitzen.

Die Vollversammlung, das Präsidium und der Hauptgeschäftsführer bilden die Selbstverwaltungsorgane der Industrie- und Handelskammer. Die Mitglieder der Vollversammlung - das Kammerparlament - werden nach einer Wahlordnung alle fünf Jahre von den Kammerzugehörigen gewählt. Die Vollversammlung wiederum wählt das Präsidium sowie den Präsidenten und bestellt den Hauptgeschäftsführer. Die Kammer stützt sich bei ihrer vielfältigen Arbeit vor allem auf die ehrenamtliche Mitwirkung von Kammerzugehörigen, insbesondere auf die in die Vollversammlung gewählten Vertreter, die einzelnen Fachausschüsse sowie die verschiedenen Arbeits- und Diskussionsgremien.

Die Industrie- und Handelskammer für Essen, Mülheim an der Ruhr, Oberhausen zu Essen bildet heute den regionalen Zusammenschluss von rund 50.000 Unternehmen aus dem Industrie-, Handels- und Dienstleistungssektor, denen sie vielfältige Beratungs- und Informationsleistungen anbietet. Die vom Gesetzgeber allgemein formulierten Aufgaben können in der Praxis in drei wesentliche Tätigkeitsfelder aufgliedert werden:

1. Politik, Wahrnehmung des Gemeinschaftsinteresses, Wirtschaftsförderung, d. h. konkret: Öffentliche Präsenz der Kammer, *"Lobbyfunktion"*, Stellungnahmen zu Gesetzentwürfen sowie kritische Durchleuchtung von kommunalen Haushalten.
2. Gesetzlich übertragene öffentliche Aufgaben, die im Interesse der Gemeinschaft der Unternehmen wahrgenommen werden, d.h. konkret: Träger

öffentlicher Belange in Bauleitplanverfahren, Benennung und Bestellung von Sachverständigen, Verfahren zur Zurückstellung vom Wehr- und Zivildienst sowie das Führen der Zweitschrift des Handelsregisters.

3. Gesetzlich übertragene Aufgaben, die für einzelne Mitglieder erledigt werden, d.h. konkret: Prüfungen in der Berufsbildung und im Verkehr, Beglaubigungen aller Art, Unterrichtung von Gastwirten, Auskünfte und Beratungen sowie Geschäftsanbahnungen.

Die Industrie- und Handelskammer zu Essen unterstützt nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Systems und der sozialistischen Planwirtschaft in Osteuropa aktiv den Aufbau einer freien Marktwirtschaft in Polen. So hilft sie beim Aufbau einer regionalen Wirtschaftskammer in Kattowitz.

Die Industrie- und Handelskammern erhalten von der öffentlichen Hand keine Zuwendungen für ihren Haushalt. Ihre Finanzierung erfolgt durch Beiträge und Umlagen der Kammerzugehörigen sowie durch Gebühren und Entgelte. Die Kammerzugehörigen entscheiden durch ihre gewählten Vertreter in der Vollversammlung selbst über die Höhe der Einnahmen und Ausgaben der Kammer. Außerdem unterliegt die Industrie- und Handelskammer der Kontrolle der Rechnungsprüfungsstelle für die Industrie- und Handelskammern, deren Unabhängigkeit vergleichbar mit der des Landesrechnungshofes ist.

Der Industrie- und Handelskammerbezirk

Fläche und Bevölkerung

Der IHK-Bezirk mit den Städten Essen, Mülheim an der Ruhr und Oberhausen hat eine Fläche von 379 km² und 956 TSD Einwohner. Die Bevölkerungsdichte liegt bei 2.525 Einwohner pro km². Sie weist einen mehr als doppelt so hohen Wert wie das Ruhrgebiet (1.200 je km²) auf und übertrifft die des Landes Nordrhein-Westfalen (524 je km²) um das 5fache. Der Kammerbezirk zählt auf einer Fläche von nur 10 % des Reviers insgesamt 21 % seiner Gesamtbevölkerung (4,6 Mio.).

Die mitten in der industriellen Verdichtungszone liegenden Städte Essen und Oberhausen sind nach der Stadt Herne (3.212) mit 2.734 und 2.770 Einwohnern pro km² die dicht besiedeltsten Kommunen im Ruhrgebiet. Im mehr agrarisch strukturierten Kreis Wesel leben hingegen nur 451 Einwohner auf einem km².

Die industrielle Gesellschaft

Verschiebung vom primären zum sekundären Sektor

Der Bezirk der beiden Handelskammern zu Essen und Mülheim an der Ruhr besaß im Gründungsjahr 1840 eine recht vielseitige Gewerbelandschaft, die noch überwiegend vor- und frühindustrielle Strukturen aufwies. Die Landwirtschaft dominierte in der umliegenden Region. Das Textilgewerbe und der Textilhandel stellten in beiden Handelskammerbezirken einen wesentlichen Anteil der gewerblichen Unternehmungen. Die Eisen- und Stahlindustrie - mit den später so weltweit bekannten Firmen Fried. Krupp in Essen, Friedrich-Wilhelms-Hütte in Mülheim an der Ruhr und der Gutehoffnungshütte in Oberhausen-Sterkrade - befand sich noch in der Gründungs- und Aufbauphase.

Der Steinkohlenbergbau und -handel hatten bereits eine wichtige wirtschaftliche Rolle übernommen. Das erfolgreiche Abteufen der sogenannten "*Mergelzechen*" und der Übergang zu den Tiefbauzechen in den 40er Jahren des 19. Jahrhunderts ließen den Bergbau zu einem der dynamischsten Industriesektoren im Kammerbezirk werden. Der Geltungsbereich der Handelskammern erstreckte sich noch nicht auf die "*Gewerkschaften*" (Zechengesellschaften). Diese unterstanden im Rahmen des Direktionsbergbaus den Bergbehörden.

Die Bergbaugesellschaften erhielten erst sukzessiv mit der Liberalisierung des Bergrechts in den 50er- und 60er Jahren des 19. Jahrhunderts und mit dem Übergang vom Direktions- zum Inspektionsprinzip durch das "*Allgemeine Berggesetz für die Preußischen Staaten*" aus dem Jahre 1865 die vollen unternehmerischen Entscheidungen. Der Steinkohlenbergbau, die Eisen- und Stahlindustrie sowie nach der Jahrhundertwende die überregionalen Energieversorgungsunternehmen Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerke AG (1899) und die Ruhrgas AG (1926 / 28) kennzeichnen den industriellen Charakter des Kammerbezirks bis in die 60er Jahre dieses Jahrhunderts.

Urbanisierung und Binnenwanderung

Der Industrialisierungsprozess im Kammerbezirk führte zur Urbanisierung, die als ein Spiegelbild der gesamten kommunalen Entwicklung des Ruhrgebiets angesehen werden kann. Der Verstädterungsprozess verlief auf zwei unterschiedlichen Ebenen. Das rasche wirtschaftliche Wachstum nach 1850 ließ die beiden traditionellen Ackerbürgerstädte am Hellweg, Essen und Mülheim an der Ruhr, schnell zu

großstädtischen Agglomerationen heranwachsen, deren alte Stadtgrenzen bis heute den urbanen Kern markieren.

Die Stadt Oberhausen in der agrarisch strukturierten Emscherzone war um 1850 nur ein kleiner dörflicher Landfleck, der durch die ungezügelte Ansiedlung von Industrie- und Zechenanlagen, Verkehrswegen und Kanälen sowie dazwischen wahllos eingestreuten Arbeitersiedlungen bis zur Jahrhundertwende zu einer 100.000 Einwohner zählenden Industriestadt herangewachsen war. Die in den Gründungsjahren vernachlässigte Planung einer übergeordneten urbanen Infrastruktur kennzeichnet bis heute ihr Weichbild.

Vielfältige neue Aufgaben der Stadttechnik und -hygiene sowie der städtischen Infrastruktur traten während des Verstädterungsprozesses an die kommunalen Behörden heran, die als "*Kommunale Daseinsvorsorge*" umschrieben werden können. Die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts gegründeten kommunalen Versorgungsunternehmen haben mit ihrer zentralen Steuerung zur umfassenden Verbesserung der städtischen Lebensqualität geführt.

Der in den Jahren 1852 bis 1905 erfolgte rasche Bevölkerungszuwachs in Essen (950 %), Mülheim an der Ruhr (400 %) und Oberhausen (1.580 %) war vor allem auf verbesserte hygienische und medizinische Verhältnisse, einen hohen Geburtenüberschuss und auf die Zuwanderung von auswärtigen Arbeitskräften zurückzuführen, wobei diese Faktoren in einem engen wechselseitigen Zusammenhang standen. Neben der Umland- und Nahwanderung aus den Provinzen Rheinland und Westfalen trat ab den 1880er Jahren in verstärktem Maße die Fernwanderung hinzu. Dabei kam der Ost-West-Wanderung aus den preußischen Provinzen Ost- und Westpreußen sowie Posen mit ihrer polnisch sprechenden Bevölkerung die größte Bedeutung zu.

Eine Integration der Zugewanderten in die damals bestehenden hiesigen Bevölkerungsstrukturen erfolgte trotz vielfältiger gegenseitiger Anpassungsprobleme zumeist über zwei Generationen hinweg. Sowohl das Ruhrgebiet als auch der Kammerbezirk können auf eine über hundertjährige Tradition in der Integration auswärtiger und ausländischer Arbeitskräfte und deren Familien zurückblicken.

Die Nachkriegszeit
Kohle, Eisen und Stahl in der Krise

Der Kammerbezirk blieb nach dem Zweiten Weltkrieg trotz der Demontageverluste und während der Wiederaufbauphase in den 50er Jahren weiterhin stark montanorientiert und erlebte eine trügerische und kurzfristige Renaissance. Das Ende der Wiederaufbauphase zu Beginn der 60er Jahre ließ zunehmend deutlicher erkennen, dass der ehemalige Wachstumsmotor Kohle, Eisen und Stahl zu einem retardierenden Moment nicht nur für das Ruhrgebiet, sondern auch für den Kammerbezirk geworden war. Die verstärkte Substitution der Steinkohle durch das billigere Erdöl in der Energiewirtschaft und in der Chemischen Industrie sowie der Einsatz wärmeökonomischer Verfahren bei der Eisen- und Stahlerzeugung leiteten den drastischen Rückgang des Steinkohlenverbrauchs ein.

Die Krise im Steinkohlenbergbau seit dem Ende der 50er Jahre führte in den letzten dreißig Jahren zur Stilllegung aller fördernden Schachtanlagen im Kammerbezirk: 1966 die Zeche *Rosenblumendelle* in Mülheim an der Ruhr, 1986 die Zeche *Zollverein Schacht XII* in Essen und im August 1992 die Zeche *Osterfeld* in Oberhausen. Die Zahl der fördernden Zechen lag Mitte der 50er Jahre noch bei 27 mit einer Gesamtbelegschaft von 80.000 Bergleuten und einer Jahresförderleistung von 20 Mio. t.

Die Zeche Zollverein ist heute ein Symbol für die Energie der Vergangenheit und der Zukunft. Denn: Zollverein ist nicht nur eines der bedeutendsten Industriedenkmäler der Welt sondern auch internationales Design- und Kulturzentrum. Im Dezember 2001 wurde Zollverein zum UNESCO-Weltkulturerbe ernannt. Damit steht die ehemalige Zeche unter dem Schutz der internationalen Konvention für das Kultur- und Naturerbe der Menschheit.

Die Roheisen- und die Rohstahlproduktion nahm von 1947 bis 1961 im Kammerbezirk zwar stetig zu; jedoch blieb sie hinter den allgemeinen Zuwachsraten des Ruhrgebiets zurück, die im Gegensatz zur Steigerung um ein 11faches im gesamten Ruhrgebiet nur einen Anstieg um ein 5faches aufwies.

Die Roheisenerzeugung sank seit 1962 kontinuierlich und endete mit dem Ausblasen des letzten Hochofens in Oberhausen im September 1979. Die Rohstahlerzeugung erreichte vor der Wirtschaftskrise von 1966 ihren Höhepunkt, nahm dann aber infolge des nationalen und internationalen Wettbewerbsdruck stetig ab.

Die Roheisen- und Rohstahlproduktion wurde auf leistungsfähigere Standorte außerhalb des Kammerbezirks konzentriert, in deren Folge die Zahl der Beschäftigten um 70 % von 27.000 im Jahre 1963 auf 2.500 im Jahre 2010 sank. Der Montanbereich verlor in den Jahren 1963 bis 2010 im Kammerbezirk weit über 90 % (80.000) seiner Arbeitsplätze. Das traditionell prägende Bild der drei Kammerstädte Essen, Mülheim an der Ruhr und Oberhausen von Fördertürmen und Hochöfen gehört der Vergangenheit an.

Der Rückgang der Industriebeschäftigten betrug im Kammerbezirk von 1951 bis 2010 79 % und in Nordrhein-Westfalen 46 %. Die Umsatzentwicklung blieb im gleichen Zeitraum deutlich hinter der des Landes NRW zurück. Auch stieg der Gesamtumsatz je Beschäftigten weniger stark als im Lande an.

"Die Postindustrielle Gesellschaft"

Verschiebung vom sekundären zum tertiären Sektor

Die Entindustrialisierung - wie sie in den meisten westlichen Industrienationen beobachtet werden kann - und der Weg hin zu einer Dienstleistungsgesellschaft sind in den letzten Jahren im Kammerbezirk deutlich zu erkennen. Der Prozess des wirtschaftlichen Wandels zum tertiären Sektor scheint in den westlichen industriellen Gesellschaften nicht mehr reversibel zu sein, wie die entsprechenden Anteile an der Gesamtbeschäftigung aus den USA (78 %), Frankreich (72 %) und selbst aus dem Mutterland der "*Industriellen Revolution*" Großbritannien (77 %) belegen.

Eine vergleichende Analyse mit Deutschland (68 %) gibt jedoch zu erkennen, dass in den letzten Jahren der Übergang zur Dienstleistungsgesellschaft nicht im gleichen Maße erfolgte.

Der Anteil des sekundären Bereichs liegt im Verhältnis zu jenen Industrieländern höher und lässt auf eine verzögerte Anpassung der wirtschaftlichen Entwicklung in den letzten Jahrzehnten schließen.

Die "*Anpassungsprobleme alt-industrialisierter Regionen*" boten zugleich Chancen zum Strukturwandel im Kammerbezirk. Die Entwicklung der Nicht-Montanindustrien, die in der Vergangenheit sowohl über ihre Verflechtungsbeziehungen als auch über den regionalen Einkommenskreislauf von Kohle und Stahl mitgeprägt wurden, zeigt besonders deutlich diesen Wandlungsprozess.

Diese Bereiche haben sich zunehmend aus der Montanabhängigkeit gelöst und mit neuen Produktionsprogrammen weitere, außerhalb des Montansektors liegende Märkte erschlossen.

Neuere Untersuchungen belegen, dass nur noch ein Bruchteil der Produktionsprogramme in direkter Verbindung mit dem Montanbereich steht. So haben z. B. die Stahlkonzerne ihre Arbeitsfelder über die eigentliche Stahlerzeugung ausgedehnt. Anlagenbau, Fahrzeugtechnik, Elektronik, Handel und Umwelttechnologien gehören zu den neuen Aktivitätsfeldern.

Viele Unternehmen im IHK-Bezirk Essen haben in all diesen Bereichen eine hohe Flexibilität und Leistungsfähigkeit bewiesen und schon seit Mitte der 70er Jahre in zunehmendem Maße Märkte im Ausland erschlossen. Mehr als ein Drittel ihres Umsatzes geht bereits in den Export. Das heutige Strukturbild des Kammerbezirks zeigt einen fassettenreichen Produktionsmix mit breitgestreuten Produktionsprogrammen. Der Bezirk gleicht heute wirtschaftlich gesehen einem *"Tausendfüßler"*.

Die groß-betrieblich geprägte Struktur der letzten 100 Jahre ist immer noch deutlich erkennbar. In Essen, Mülheim an der Ruhr und Oberhausen sind 70 % der in der Industrie beschäftigten Arbeitnehmer/innen in nur 10 % aller Betriebe tätig. Der tertiäre Sektor ist hingegen vornehmlich klein- und mittelständisch strukturiert. Er hat in den letzten zehn Jahren zur Auflockerung des Wirtschaftsbildes geführt. Diese Entwicklung ist für die weitere Zukunft von Bedeutung, da kleinere Betriebsgrößen in der Regel flexibler auf die Erfordernisse des Marktes reagieren können.

Beschäftigung - Bruttowertschöpfung

Die Verschiebung der Gewichte vom primären / sekundären zum tertiären Sektor zeigt deutlich den wirtschaftlichen Umstrukturierungsprozess im Kammerbezirk. Lag die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im primär / sekundären Bereich 1976 noch bei 51 %, so verringerte sich dieser Wert in den letzten 34 Jahren (2010) auf 23 %. Im gleichen Zeitraum stieg die Zahl der Beschäftigten im tertiären Bereich von 49 % auf 77 % an. Eine Aufschlüsselung für die drei Städte vermittelt ein differenziertes Bild (Stand: 2010):

	primärer / sekundärer	tertiärer Sektor
Essen	19 %	81 %
Mülheim an der Ruhr	33 %	67 %
Oberhausen	27 %	73 %

Die Analyse der Bruttowertschöpfung spiegelt folgendes Bild für den Industrie- und Handelskammerbezirk wider: Der primäre / sekundäre Bereich erwirtschaftete im Jahre 1980 noch 49 % der Bruttowertschöpfung und ging bis 2009 auf 33 % zurück. Im selben Zeitraum wuchs die Bruttowertschöpfung des tertiären Bereiches von 51 % auf 67 % an. Diese Größen liegen knapp unter den vergleichbaren Werten des Ruhrgebietes (27 % / 73 %), des Landes NW (27 % / 73 %) und der Bundesrepublik (27 % / 73 %).

Die entsprechenden Daten für die drei Kammerstädte weisen folgende Werte aus (2009):

	primärer / sekundärer	tertiärer Sektor
Essen	35 %	65 %
Mülheim an der Ruhr	29 %	71 %
Oberhausen	34 %	66 %

In allen drei Städten lassen die Daten der Bruttowertschöpfung den Trend zum tertiären Bereich deutlich erkennen.

Wird bei diesem strukturellen Wandlungsprozess noch berücksichtigt, dass bis vor einigen Jahrzehnten der tertiäre Sektor lediglich auf den Kammerbezirk bezogene oder regionale Aufgaben wahrnahm, heute aber nationale und internationale Bedeutung erlangt hat, so ist dies ein deutliches Zeichen für die Anpassungsfähigkeit der hiesigen Wirtschaft an veränderte gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen im nationalen und internationalen Umfeld.

So beherbergt die Stadt Essen die Zentralen weltweit operierender Energieversorgungsunternehmen, die von hier aus ihre unternehmenspolitischen Entscheidungen treffen. Die drei Städte des Kammerbezirks haben gewisse Schwerpunkte des tertiären Sektors, die als eine Stärke der Teilregion genutzt und ausgebaut werden können: Dies sind in Essen der Medien- und

Wirtschaftsberatungsbereich, in Mülheim an der Ruhr der Handelssektor und in Oberhausen die Dienstleistungen Industrie- und Gebäudereinigung.

Nach der letzten Erhebung der Tageszeitung *"Die Welt"* (2011) haben von den 500 größten Unternehmen der Bundesrepublik 22 ihren Sitz im Kammerbezirk. 8 Unternehmen zählen zum sekundären und 14 zum tertiären Bereich, wobei allein fünf dem Energiesektor zuzurechnen sind.

Harte Standortfaktoren - weiche Standortfaktoren

Eine entscheidende Voraussetzung zur weiteren Entwicklung ist neben der Schaffung eines günstigen Investitionsklimas das *"Überspringen"* kommunaler Grenzen. Die Industrie- und Handelskammer sieht in regionalen Kooperationen ein geeignetes Instrument für eine breitere überstädtische Zusammenarbeit. Eine zunehmende Bedeutung kommt neben den *"harten Standortfaktoren"* den sogenannten *"weichen Standortfaktoren"* wie Verkehr, Bildungs- und Forschungseinrichtungen sowie Umwelt und Freizeitangeboten zu. Diese weichen Standortfaktoren werden immer mehr eine entscheidende Rolle im Standortwettbewerb spielen.

Die zentrale Lage des Kammerbezirks Essen im Kernbereich des Ruhrgebiets hat mit der Öffnung der Märkte in Osteuropa und mit der damit verbundenen Reaktivierung der europäischen West-Ost-Magistrale eine zusätzliche erhalten. Das Ruhrgebiet erschließt in einem Umkreis von 250 km einen Markt von 60 Mio. Menschen, mehr als 15 % der EU-Bevölkerung.

Neben zahlreichen direkten Anschlüssen an das internationale Straßen-, Schienen-, Wasserstraßen- und Luftverkehrsnetz besitzt das Ruhrgebiet eine im Vergleich mit anderen Ballungsräumen gut ausgebaute und leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur. Dazu zählt auch der größte Verkehrsverbund des öffentlichen Nahverkehrs in der Bundesrepublik Deutschland, der Verkehrsverbund Rhein-Ruhr.

Der forcierte Auf- und Ausbau der Fach- und Gesamthochschulen sowie der Universitäten hat in den letzten 30 Jahren zu einem dichten Netz von Bildungs- und Forschungseinrichtungen im Ruhrgebiet geführt, die im High-Tech-Bereich neue Forschungserkenntnisse in wettbewerbsfähige Fertigungsverfahren und Produkte umsetzen. Die Stadt Essen ist seit 1972 Universitätsstandort. Das *"Haus der Technik"* als Außenstelle der RWTH-Aachen fördert den technischen und wirtschaftswissenschaftlichen Informationsaustausch mit einer Vielzahl von

Veranstaltungen, und die Deutsche-Montan-Technologie (DMT) - ehemals Bergbauforschung Essen - arbeitet als international tätiges Forschungsinstitut nicht nur auf dem Gebiet der Bergbautechnik. Mülheim an der Ruhr beherbergt seit 1911 das Max-Planck-Institut für Kohlenforschung und seit 1958 das für bioanorganische Chemie., in Oberhausen befindet sich das Fraunhofer-Institut für Umwelt-, Sicherheits- und Energietechnik (UMSICHT).

Der Gedanke der *"Public Private Partnership"* zeigt sich in Einrichtungen wie dem Initiativkreis Ruhrgebiet, dem Essener Technologie- und Entwicklungs-Centrum (ETEC), dem ZENIT-Zentrum in Nordrhein-Westfalen für Innovation und Technik GmbH in Mülheim an der Ruhr sowie dem Oberhausener Technologiezentrum Umweltschutz.

Die ökologischen Folgen der Industrialisierung wie Luftverschmutzung, Wasserbelastung, Landschaftszerstörung, Abfall-Lawine und Lärmbelästigung sind bereits zur Jahrhundertwende als ein zentrales Problem einer industriell verdichteten Region erkannt worden. Die Ruhrgebiets-Handelskammern forderten schon damals regionale und überregionale, über die Grenzen der einzelnen Städte hinausgehende Lösungskonzepte.

Staat, Kommunen und Industrie regelten mit der Gründung von Wasserwirtschaftsverbänden (Ruhrtalesperrenverein 1898, Emschergenossenschaft 1899, Ruhrverband 1913, Lippeverband 1926) die Wasserwirtschaft noch vor dem Ersten Weltkrieg. Diese Verbände kommen bis zum heutigen Tage ihren umweltpolitischen Aufgaben nach und haben ihren Sitz in Essen.

Die Renaturierung ehemaliger Industriebrachen sowie die planmäßige Landschaftspflege und der Naturschutz werden systematisch betrieben.

Die von der nordrhein-westfälischen Landesregierung geförderte *"Internationale Bauausstellung Emscherpark"* (IBA) hatte zum Ziel, alte industrielle Strukturen neuen Nutzungsmöglichkeiten zuzuführen sowie die durch die Industrialisierung zerstörten Landschaften und ökologischen Systeme in ihrem ursprünglichen Zustand wieder herzustellen, so auch in Essen, Mülheim an der Ruhr und Oberhausen.

Der Kammerbezirk bietet mit seinen drei Städten im Kultur-, Sport- und ganz allgemein im Erholungsbereich ein breites Angebot zur Freizeitgestaltung. Die Stadt Essen führt die traditionsreiche Form des Stadttheaters fort und setzte mit der

Eröffnung des Aalto-Theaters zukünftige Akzente in der Opernlandschaft. Oberhausen konzentriert sich auf das Musiktheater, und Mülheim an der Ruhr beschreitet mit der jungen Bühne *"Theater an der Ruhr"* neue künstlerische Wege in Form der *"freien Theaterarbeit"*. Das Essener Folkwang-Museum genießt mit seiner repräsentativen Sammlung der Kunst vom 19. Jahrhundert bis in die Gegenwart einen internationalen Ruf.

Das Rheinische Industriemuseum mit seiner Zentrale in Oberhausen und seinen Außenstellen im Rheinland dokumentiert den wirtschaftlichen, sozialen und technischen Wandel dieser Region während des Industrialisierungsprozesses der letzten 200 Jahre. Die Landesgartenschau MüGa '92 - Mülheim Garten an der Ruhr - hat wesentlich zur Verbesserung der grünen Infrastruktur der Innenstadt geführt. Die zwei großen Revierparks Nienhausen (an der Grenze zu Essen) und Vonderort (Oberhausen / Bottrop) bieten zahlreiche Freizeit- und Sportmöglichkeiten. Wer nur Erholung im Grünen sucht, findet in den drei Städten mit ihren vielen Wald- und landwirtschaftlich genutzten Flächen sowie im Ruhrtal mit seinen zahlreichen Stauwehren ausreichend Gelegenheit.

Mehrere nationale und internationale Studien und Unternehmensumfragen der letzten Jahre weisen auf die zukünftige Bedeutung des Ruhrgebietes im europäischen Standortwettbewerb hin. Immerhin erreichten im *Survey der Wirtschaftswoche* 1991 von 50 beurteilten deutschen Städte sechs Ruhrgebietsstädte einen Platz im oberen Bewertungsfeld. In einer weltweiten Analyse des *"Population Crisis Committee"* aus Washington DC (1990) über den Lebensstandard in den hundert größten Metropolen und Ballungsräumen liegt das Ruhrgebiet weltweit an zweiter und in Europa an erster Stelle!

Ausgabe September 2011

Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der IHK zu Essen.

Tel. 0201/1892-192